

# GRUNDEINKOMMEN UND DESSEN FINANZIERUNG

2. vollständig überarbeitete Neuauflage von  
GRUNDEINKOMMEN UND MENSCHEN-  
WÜRDE

 Springer Gabler

# Vorwort

Wir alle fühlen uns heute mehr oder weniger apokalyptisch erscheinenden Bedrohungen ausgesetzt. Zum einen der alle anderen Probleme überdeckenden Klimakatastrophe. Zum anderen den voranschreitenden Machtübernahmen semi-faschistoider Regime. Zugleich leiden demokratische Gesellschaften vermehrt an Abstiegsängsten breiter Bevölkerungskreise mit der Gefahr eines tendenziellen Zerbröseln derselben. Begleitet wird dies von voranschreitender Digitalisierung und befeuert durch algorithmisch verstärkte Hasstiraden samt Fake-News-Filterblasen im Bereich des mobilen Internets.

Gegen all diese Dystopien erweist sich die politische Elite der noch westlich geprägten Gesellschaften als weitgehend überfordert. Immerhin scheint es außerhalb derselben charismatischen Aktivisten wie Greta Thunberg endlich zu gelingen, nach über 40 Jahren vergeblicher Wissenschaftsanmahnungen ernsthaftere Aktivitäten zur Umkehrung der verhängnisvollen Erderwärmung ins Leben zu rufen. Den dafür aufgeschlossenen Bevölkerungs- und Führungskreisen wird jedoch vielfach nur oberflächlich bewusst: Für wirksame und globale Abhilfen gegen den Klimawandel bleiben uns nicht viel mehr als allenfalls ein bis einige Jahrzehnte Zeit. Das bedeutet optimistisch gewendet: Für die Umsetzung systemverwandelnder Gestaltungen muss sofort geklotzt und nicht, wie z. B. mit dem Klimapaket der BRD geschehen, weiterhin gekleckert werden. Dies gilt nicht zuletzt für die dort veranlasste CO<sub>2</sub>-Verbrauchsbesteuerung. Diese müsste laut nachfolgend begründetem Finanzplan mehr als € 300,- pro Tonne CO<sub>2</sub>-Verbrauch anstelle von nahezu wirkungslosen € 40,- betragen.

Als Hautursache für das umweltpolitische Kleckern auch in der BRD erweist sich immer deutlicher deren mangelhafte Solidaritätskultur. Das gilt sowohl für das Hartz-IV-System als auch die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik. Mit dieser lassen sich die überfällig notwendigen CO<sub>2</sub>-Verteuerungen nicht genügend sozial abfedern. Letzteres vermögen bisher auch nicht DIE GRÜNEN über deren Konzept einer sozial gestaffelten Rückerstattung obiger Öko-Steuererinnahmen zu leisten. Dieses Konzept ist viel zu intransparent und damit nur unzureichend kommunizierbar. So leisten ungewollt auch die DIE GRÜNEN dem Risiko einer Fortschreibung der traditionell bevormundenden Sozial- und zögerlichen Inselösungspolitik weiterhin Vorschub. Dies birgt die Gefahr von zunehmender Klimaresignation mit dem Fazit: „Die Politik schafft es doch nicht (mehr)“.

Dabei ist ein zentraler Schlüssel für wirksame und nachhaltige Problemlösungen gegen obige Gefährdungen allen Parteien zumindest im Wortsinne seit langem bekannt. Die Worte heißen **BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN (BGE)**. Wenig bekannt ist allerdings: Allein auf dessen Grundlage lässt sich die von vielen Wissenschaftlern wie auch von die DIE GRÜNEN geforderte Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch mit der dafür zwingend erforderlichen Klimasolidarität umsetzen. Letztere muss es nicht nur den Armutsgefährdeten, sondern darüber hinaus auch der sozial weniger privilegierten Bevölkerungsmehrheit erlauben, erheblich verteuerten CO<sub>2</sub>-Verbrauch menschenwürdig verkraften oder auch substituieren zu können. Dafür hinreichend ist ein BGE nach der von mir nachfolgend begründeten Auffassung erst dann, wenn es alle Bedingungen für ein

substanzielles BGE erfüllt. Dazu gehören neben einer wirksamen CO 2-Verbrauchsbesteuerung samt Zertifikatehandel

- das fiskalisch kontrollierte Bedürfnisprinzip: Durch die im hier vorgestellten Finanzplan erläuterte Einkommensteuer-Reform wird nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit der Besteuerten sichergestellt, dass die bedingungslos monatlich zu zahlenden, steuerfreien € 1.500,-- letztendlich netto nur Einkommens- Bedürftige begünstigen;
- das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit: Zur BGE-Finanzierung dient als wesentlicher Teil des Gesamtreformplans eine substanzielle Erbschaftsbesteuerung. Diese hat zumindest eine nachhaltige Abschwächung der zusammenhaltgefährdenden Vermögenskonzentration sicher zu stellen.

Das nach obigen Prinzipien gestaltete, substantielle BGE, führt erst von Jahreseinkünften ab € 75.000 zu Mehrbelastungen an Einkommensteuer. Davon betroffene „Mehrverdiener“ machen zusammen mit Belasteten aus Erbschaftsteuererhöhungen allenfalls 25 % der Gesamtbevölkerung aus. Mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung erlangen trotz erheblich erhöhter CO 2-Verbrauchssteuern finanzielle Vorteile. Dies bedeutet umweltpolitisches Klotzen mittels einer Art sozialpolitischer „Kulturrevolution“. Entgegen bisheriger Hartz-IV-Dogmatik durch ein Mehr an Selbstbestimmung, gelebter Solidarität und Menschenwürde. Und all dies trotz oder sogar gerade wegen der drohenden Klimaapokalypse.

Inzwischen (Winter 2019) widmen sich Organe der überregionalen Presse der aktuellen Misere einer seit nahezu 30 Jahren immer mehr verzweigten Erbschaftsteuer. Letztere bringt es gerade noch zu einem Steueraufkommen von rund 1,5 % aller jährlichen Vererbungen mit einem Finanzierungsbeitrag von 0,9 % des Gesamtsteuervolumens. Diese Verzweigung wird von allen im Bundestag vertretenen Parteien schicksalsergeben und bis heute ohne Debattenantrag hingenommen. Auch die laut ihrer Eigendarstellung linksorientierten Parteien finden offensichtlich keine gemeinsame Einstellung gegen diese, zumindest nach deren eigenen Maßstäben, skandalösen Fehlentwicklungen. Erklärend – nicht entschuldigend – mag den zuletzt kritisierten Parteien konzidiert werden: Ihnen fehlte bisher zu überfälligen Reformen für eine verteilungswirksame Erbschaftsteuer ein so wirksames Narrativ wie die durch diese erst mögliche Finanzierung eines substanziellen Grundeinkommens. Vielleicht erkennen manche Parlamentarier wenigstens jetzt das synergetische Verhältnis zwischen substanziellem Grundeinkommen, verteilungsgerechter Sozial- und insbesondere nachhaltiger Umweltpolitik.

Ein substanzielles Grundeinkommen eröffnet zudem Freiräume für eine menschenwürdige Gestaltung künftiger Digitalisierungsprozesse. Dadurch können viele Menschen nachweislich kreativer, initiativer und beweglicher ihren Weg selbstbestimmt finden. Genau das sind besonders wichtige Voraussetzungen für eine konstruktive Digitalisierungsgestaltung – selbstredend getragen von einer auch inhaltlich die individuelle Entscheidungsfähigkeit entwickelnden, ständigen Weiterbildung.

Ferner ermöglicht ein substanzielles Grundeinkommen weitreichende Chancen für eine sozialere Gestaltung prekärer Arbeitsverhältnisse. Das betrifft vor allem Crowdworker, Solo-Selbstständige, Leiharbeiter wie auch die mit befristeten Dienstverträgen ausgestatteten Personen. Insbesondere für diese werden über eine nach BGE Einführung erst umsetzbare, assoziativere Gestaltungen ihrer Leistungsbeziehungen möglich. Das würde nicht

nur die von den Arbeitgebern gewünschte Agilität derselben befördern. Vielmehr auch einen gesellschaftsrechtlich organisierten Solidaritätsfortschritt ermöglichen.

Dazu bedarf es mehr als jemals zuvor charismatischer Persönlichkeiten, welche zu einem problemgerechten Querdenken und politischem Vermitteln des nachfolgend entwickelten Plans befähigt sind. Letztere mögen diesem zunächst für die BRD zu einer parlamentarischen Mehrheit verhelfen. Sie mögen mit Herz, Charakter, Durchsetzungsvermögen und der notwendigen Cleverness auch gegen die zu erwartenden Widerstände von AFD, FDP, „Friday for Automobil“ und anderen Verneinern den Prozess der Klimaerwärmung umkehren helfen. Zugleich mögen Sie als wesentliche Voraussetzung dafür unser Wirtschafts- und Sozialsystem soweit reformieren, das ein weiteres Zerbröseln dieser Gesellschaft abgewendet werden kann..

Wilstedt  
Im Dezember 2019

Brüne Schloen